

Aktion 65 plus

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!
Liebe Kollegin DGB-Vorsitzende!

Die Aktion 65 plus wendet sich heute mit einem ernsten Anliegen an Sie.

Nachdem wir vor zwei Jahren als Seniorenbewegung gegen Faschismus und Krieg unter dem Motto "Wir haben es erlebt! Nie wieder" gegen die Naziprovokationen in unserer Stadt um den Antikriegstag herum aktiv geworden sind und uns 2008 dem Schutz der Stolpersteine auf der Strecke bis zur Synagoge hin widmeten und 2009 eine Blockade der Nazis anstrebten, sehen wir uns wieder von der Notwendigkeit herausgefordert, gegen die Naziprovokation aus Anlass des Jahrestages des Überfalls Hitlerdeutschlands auf Polen -- Beginn des Vernichtungskrieges -- vorzugehen.

Die jüngste Entwicklung in Dortmund veranlasst uns zu der Bitte, dass Sie sich persönlich einschalten und ein Signal setzen. Rufen Sie mit uns dazu auf, sich mit allen uns als Demokraten zur Verfügung stehenden Mitteln den Nazis in den Weg zu stellen.

Wir erlauben uns, auf folgende Entwicklung besonders hinzuweisen:

- Der Polizeipräsident hat es abgelehnt, den Nazi-Aufmarsch am 4. September zu verbieten, obgleich es seit einem dreiviertel Jahr verbesserte Bedingungen dafür gibt.

- Verheerend ist, dass die Polizei die Rassisten und Gewaltverherrlicher ausgerechnet durch die Nordstadt, einen Arbeiterstadtteil mit hohem Ausländeranteil marschieren lässt.

Nun ergab sich auch noch folgendes:

Die Dortmunder Polizei hat mitgeteilt, es sei geplant, die Nazikundgebung und den Naziaufmarsch vom 4. 9. in der Nähe, wenn auch nicht unmittelbarer Nähe der Gedenkstätte Steinwache -- deren geschichtliche Bedeutung man kenne - beginnen zu lassen. In unmittelbarer Nähe der Auslandsgesellschaft und der Gedenkstätte will sich die Polizei zum Schutz der Nazikundgebung postieren.

Diese Mitteilung kann uns ältere Antifaschisten nur sehr beunruhigen.

Wir sehen unsere Befürchtung bestätigt, dass der Zugang zur Steinwache und zur Auslandsgesellschaft infolge der Nazizusammenrottung verstellt werden soll. Denn die Versicherung der Polizei, sie beanspruche den Platz an der Steinwache selbst für ihren Einsatz, ändert ja nichts an der Tatsache, dass dieser Einsatz zur Nazidemo dazu gehört und ebenfalls die Steinwache und Auslandsgesellschaft für die Bürgerinnen und Bürger unerreichbar machen kann. Wer wird sich denn durch das Gedränge von Ordnungskräften und Rechten hindurchwagen? Wer wird denn die Absperrungen überwinden, die von der Polizei in der ganzen Stadt und natürlich auch am Hauptbahnhof errichten will? Was ist davon zu halten, dass die Nazis über den Nordausgang den Hauptbahnhof verlassen sollen und damit unmittelbar an die Steinwache herankommen?

Zudem will die Polizei das Gebäude der früheren Steinwache nutzen, um die Nazigegner zu observieren. Ihnen treten dann neben Observierungskräften auch schwerbewaffnete Polizisten entgegen. Denn vorsorglich kündigte der Polizeipräsident Hans Schulze in der ihm eigenen Sensibilität an, er werde die Störer der Nazikundgebung -- darunter sind ja betagte Leute wie wir, die den Ort des Leidens unserer Eltern und Großeltern schützen und die Nazis nicht durchlassen wollen - mittels Paragraph 21 des Versammlungsgesetzes belangen, der hohe Geldstrafen und bis zu drei Jahren Haft vorsieht.

Wir lassen uns aber nicht einschüchtern. Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten, des Internationalen Rombergparkkomitees und viele junge Antifaschisten, Kinder und Enkel von einst in der Steinwache inhaftieren und gequälten Naziopfern, und wir als Aktion 65 plus werden um das Gebäude herum eine stabile Mahnwache postieren, um den Zugang zur Steinwache und zur Auslandsgesellschaft am 4. 9. zu sichern und Nazis abzuweisen wie auch polizeistaatliche Maßnahmen abzuwehren. Der Förderverein Steinwache hat zusätzlich die Schaffung einer Bannmeile für die Steinwache verlangt. Eine Forderung, die wir unterstützen.

Der Polizeipräsident sagte in seiner Erklärung nichts zu der Kernforderung, die Nazigegner seit Monaten an ihn richteten: Den Naziaufmarsch zu verbieten, weil dies dem § 130/4 des Strafgesetzbuches (Verbot der Volksverhetzung mittels Versammlungen) und dem Rieger-Wunsiedel-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November 2009 entspräche.

Deshalb bitten wir nun Sie, sich einzuschalten. Bitte unterstützen Sie unsere Mahnwache an der Steinwache und der Auslandsgesellschaft. Sie wird von morgens um 8 Uhr bis abends (Ende offen) andauern.

Bitte stellen Sie sich demonstrativ den demokratischen Personen zur Verfügung, die den Naziaufmarsch verhindern wollen. In Wunsiedel und jetzt in Karlsruhe war es möglich, die Naziaufmärsche nach § 130/4 des Strafgesetzbuches zu verbieten. Nicht nur in Dresden, Köln, München und Lübeck wurde es in letzter Zeit erreicht, die Naziaufmärsche mit Blockaden zu stoppen. Auch in Strausberg, Bernau, Erfurt, Friedberg, Gräfenberg, Leipzig, Neustadt a.d.Weinstraße, Kaiserslautern, Freiburg und Mainz ist dies gelungen. Wir sollten in Dortmund, unserer Stadt mit großen antifaschistischen Traditionen, es diesen Städten gleichtun.

Wir sind gern bereit, Ihnen unsere Überlegungen auch in einem Gespräch zu erläutern und würden uns über eine entsprechende Einladung freuen.

Mit antifaschistischen und friedlichen Grüßen
Im Auftrag: Willi Hoffmeister, Ulrich Sander, Norbert Schilff